



JUKO Hochschulgruppe
organisiert in der
Bundeskoordination marxistischer StudentInnen
Junge KommunistInnen

25 Jahre Radikalverbot

Radikal? War das nicht diese Zeitung, die mit den Terroristen und der RAF? War das nicht gerade erst? Schon richtig, das Verbot der Radikal liegt noch nicht so lange zurück. Radikale Positionen jedoch sind nicht erst seit dem Radikalverbot ungelitten. Vor genau 25 Jahren, am 28.01.1972 trat der sogenannte Radikalenerlaß in Kraft. Systemkritik sollte damals mit Berufsverboten niedergehalten werden. Von den Auswirkungen dieses Radikalenerlasses waren nicht nur KommunistInnen betroffen, sondern auch RadikaldemokratInnen und PazifistInnen, wie z.B. Mitglieder der Deutschen Friedensunion oder der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) betroffen. Der Radikalenerlaß führte zu 3, 5 Mio. Gesinnungsüberprüfungen, 11.000 Berufsverbotsverfahren, 1.250 Nichteinstellungen in den Öffentlichen Dienst, 2.200 Disziplinarverfahren und 256 "Entfernungen aus dem Dienst". 18 Millionen Bundesbürger sind seitdem im NADIS-Computer in Köln gespeichert. Die Opfer der Berufsverbote sind bis heute nicht "rehabilitiert".

Der damalige Erlaß, in einer Linie mit den Sozialistengesetzen Bismarcks ("Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", 21.10.1878), ist bis heute nicht aufgehoben. Damals wie heute: *"Mit dem Gesetz versuchten die herrschenden Klassen [...] die Arbeiterklasse führerlos zu machen und damit als selbstständige und bedeutende Kraft im Kampf gegen Militarismus und Ausbeutung und für Demokratie auszuschalten. Zugleich sollte damit jede demokratische oder liberale Opposition getroffen werden ... und ... antidemokratische und antiparlamentarische Politik"* ermöglicht werden. (Kl. politisches Wörterbuch, Dietz Verlag, 1988, S.875)

Diese Traditionslinie ist bis heute ungebrochen. Radikale Systemkritik ist auch heute noch verboten.

Das Wort "Berufsverbot" ist ebenso wie "Kindergarten", "Waldsterben" und "Gesinnung" internationaler Sprachgebrauch geworden. Deutsche "Werte" erobern die Welt! Deutsche Soldaten rücken nach!

Gegen Entdemokratisierung zu demonstrieren, heißt gegen die Zurücknahme erkämpfter demokratischer Rechte zu kämpfen. Es kann jedoch nicht dabei bleiben, nur zurückhaben zu wollen was von dem wenigen, das einst erkämpft war, genommen wurde. Wir wollen wirkliche Demokratie. Für die Universität heißt dies, nicht nur zu verhindern, daß uns in Zukunft ein Aufsichtsrat mit einem Vorsitzenden (Präsidenten) gestützt auf die Macht der Dekane regiert, sondern durchzusetzen, an den Entscheidungen paritätisch teilzuhaben. Dafür zu sorgen, daß wir mitentscheiden welche Produkte und Menschen respektive Wissenschaftler unsere Universität gebiert. Dafür zu kämpfen mehr sagen zu können als das, was uns noch nicht verboten ist, für ein allgemeinpolitisches Mandat der verfaßten Studierendenschaft.

Die Beraubung demokratischer Rechte schafft die Voraussetzung für die Beraubung sozialer Rechte. Sozialraub findet dort statt, wo Widerstand nicht möglich oder zu schwach ist. Deshalb:

Auf die Straße

Die Gesellschaft sind wir und nicht ein paar wenige, die auf unsere Kosten reich geworden sind!

JUKO - Junge KommunistInnen - Hochschulgruppe der DKP Hamburg
Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Tel. 43 52 86 V.i.S.d.P.: J.Brammer, Lindenallee 72, 20259 Hamburg